

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Stadt-, Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung vom 10.02.2022

Öffentlicher Teil

TOP .. **Verkehrliche Auswirkungen der A45 Sperrung (Analyse von Verkehrsdaten)**
0077/2022
Entscheidung
zur Kenntnis genommen

Herr Dr. Ramrath spricht die hier vielfach betroffenen industriellen Bereiche an. Er fragt, ob die Wirtschaftsförderung mit diesen in Kontakt stehe, um Bemühungen an Lösungswegen zu demonstrieren und sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, es habe an Hilfsmöglichkeiten gemangelt.

Herr Schwemin teilt mit, dass man in das Thema involviert sei, die Federführung liege jedoch bei der IHK. In Veranstaltungen habe man sich eingebbracht, um im kompletten Informationsaustausch zu stehen. Unterstützungsleistungen werden auf Nachfrage angeboten.

Herr Klepper merkt an, dass er betroffene Unternehmen an der Sedanstraße besucht habe und sich diese sehr unterstützt fühlen, insbesondere von dem Wirtschaftsbetrieb Hagen, der dort viele Hilfsmaßnahmen ergriffen habe und es gut vorangehe.

Herr Keune unterstreicht die Aussage von **Herrn Schwemin**. Er selbst habe sich nach dem Ereignis der Sperrung der A 45 mit der Geschäftsführung der IHK in Verbindung gesetzt. Die ganz klare Aussage ist, dass die IHK Ansprechpartner für die Unternehmen ist. Wirtschaftsförderung und Stadt sind eingebunden.

Herr Arnusch fragt nach, ob die Änderung der Signalanlagen bezugnehmend auf den Rückstau an der Rummenohler Straße schon vorgenommen wurde.

Herr Keune und Herr Dr. Diepes bestätigen die Einplanung der Änderung. Eine genaue Zeitplanung könne man nicht benennen. Die Einrichtung sei nicht banal und es müssen Techniker aus München kommen, die aber informiert seien.

Frau Masuch sieht die Belastungen der Anwohner als unerträglich an. Sie fragt nach Ideen für die nunmehr stark belasteten Ausweichstrecken, die Schädigungen erleiden und wie man dem entgegensteuern könne. Die Vermutung bestehe, dass die Änderung der Signalanlage noch mehr Verkehr in diesen Bereich bringe.

Herr Keune nimmt an, dass den Anwohner vorrangig der Verkehrsfluss und nicht der Verkehrsstillstand wichtig sei. Es sei daher sinnvoll diese Signalanlage zu optimieren. Es handele sich um eine Bundesstraße und die Belastungsgrenze sei nicht überschritten.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen